

**Antrag 17/1/2021**

**SPD-UB Celle**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Für eine sachliche Debatte zur Polizei**

1 Die SPD Niedersachsen bekennt sich ausdrücklich zum Gewaltmonopol des Staates und sie bekennt sich  
2 zu denen, die als Polizistinnen und Polizisten oder in anderer Weise im Staatsdienst dieses Gewaltmonopol  
3 des Staates durchsetzen. Die SPD Niedersachsen sieht sich dabei in einer langen sozialdemokratischen  
4 Tradition, die das Gewaltmonopol des Staates als konstitutiv für einen sozialen Rechtsstaat begreift.

5 Die SPD Niedersachsen weiß um die Notwendigkeit, dass ein solches staatliches Gewaltmonopol in einer  
6 Demokratie einer immerwährenden öffentlichen Rechtfertigung auch im Einzelfall bedarf. Sie ist stolz dar-  
7 auf, dass in den letzten knapp 75 Jahren der Existenz des Landes in erheblichen Umfang in die Qualität der  
8 Ausbildung investiert wurde. Sie ist stolz auf die Polizistinnen und Polizisten, die die immer höher werden-  
9 den Ansprüche an sie und ihre Arbeit im täglichen Geschäft erfüllen. Sie ist stolz darauf, dass die Polizei fest  
10 in der Bevölkerung verankert ist und überwiegend als „Freund und Helfer“ wahrgenommen wird.

11 Das alles unterscheidet die Polizei in einem demokratischen Staatsgebilde grundsätzlich von Polizei in to-  
12 talitären Staaten oder solchen, die sich auf dem Weg dahin befinden. Die Ausbildung und das Selbstver-  
13 ständnis unserer Polizei unterscheidet sich in Qualität, Standards und Anspruch aber ebenso deutlich von  
14 der US Amerikanischen Polizei.

15 Die SPD in Niedersachsen erkennt aber auch, dass im öffentlichen Diskurs gerade vor dem Hintergrund einer  
16 aus den USA nach Deutschland übertragenen Bewegung „black lives matters“ die Rolle der Polizei erneut in  
17 dem obigen Sinne mit der Bevölkerung begründet und diskutiert werden muss. Einzelfälle in Deutschland  
18 haben das Ansehen und den Respekt vor der Polizei beschädigt oder doch wenigstens in Frage gestellt.

19 Die SPD Niedersachsen bittet deshalb die SPD Vertreter in der Landesregierung darum dafür Sorge zu tra-  
20 gen, dass das Ansehen und die Akzeptanz unserer Polizei wieder steigt. Sie erwartet vom Innenministerium  
21 auch ein Konzept, mit dem Angriffe auf einzelne Beamtinnen und Beamte sowohl im Rahmen ihrer dienst-  
22 lichen Aufgabenerfüllung als auch in ihrer Freizeit möglichst verhindert werden können.

23 Die SPD Niedersachsen schlägt deshalb vor:

24 Die Landesregierung wird gebeten das Kriminologische Forschungsinstitut Hannover e.V. (KFN) gemeinsam  
25 mit der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster (DHPol) zu beauftragen, wissenschaftlich untersu-  
26 chen zu lassen, ob und ggf. in welchem Ausmaß es (auch systematische) rassistische Tendenzen innerhalb  
27 der Niedersächsischen Polizei gibt und welche Hintergründe ggf. dazu führen.

28 Die genaue Forschungsfrage sollte dabei sowohl mit den beiden Polizeigewerkschaften DPoIG und GdP als  
29 auch mit ADERFA e.V. - Schwarze deutsche Frauen und Schwarze Frauen in Deutschland, ISD-Bund e.V. -  
30 Initiative Schwarze Menschen in Deutschland Bund e.V., und black lives matter erörtert und abgestimmt  
31 werden.

32 Des weiteren werden die SPD Ministerinnen und Minister in der Landesregierung gebeten in der Landesre-  
33 gierung dafür einzutreten eine Aufklärungs- und Werbekampagne zu starten mit dem Ziel allen Einwoh-  
34 nerinnen und Einwohnern in Niedersachsen gegenüber deutlich zu machen, wie sich das Selbstverständnis  
35 und die konkrete Polizeiarbeit in dem demokratisch verfassten Niedersachsen grundsätzlich von autoritä-  
36 ren Staaten unterscheidet, wie sehr die Polizei ein „Freund und Helfer“ ist und ihr und ihren Angehörigen  
37 deshalb mit Respekt zu begegnen ist.

38

**Empfehlung der Antragskommission**

Erledigt durch Beschlussfassung a.o. digitaler SPD-Landesparteitag am 24.10.2020